

NABU

WPS BTW 2025

1. Im Naturschutz gibt es eine Finanzierungslücke von mind. 2 Mrd. € pro Jahr. Unterstützen Sie die Verstetigung des Aktionsprogramms ANK, eine neue Gemeinschaftsaufgabe mit starker Naturschutzkomponente sowie ein eigenständiges EU-Finanzierungsinstrument zur Schließung dieser Lücke?

Zur Schließung der Finanzierungslücke fordern wir einen aus dem Bundeshaushalt finanzierten Klimaanpassungsfonds. Dieser soll eine langfristige Planungssicherheit (mind. 30 Jahre) für Klimaanpassungsprojekte ermöglichen. Wir unterstützen die Verstetigung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) und wollen eine Erweiterung des finanziellen Fördervolumens mit zusätzlichen Mitteln aus dem Klimaanpassungsfonds.

2. Bekennen Sie sich zum bestehenden EU-Rechtrahmen für den Natur- und Artenschutz sowie zu einer ambitionierten Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Vollzugsdefizite abzubauen und effiziente Ökosystemwiederherstellung zu ermöglichen?

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum bestehenden EU-Rechtsrahmen für konsequenten Natur- und Artenschutz sowie die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme. Um Vollzugsdefizite zu reduzieren, fordern wir die Einrichtung eines nationalen Monitoringzentrums für Biodiversität mit regionalen Zielvorgaben. Neben strengen Kontrollen der Einhaltung von Tier- und Umweltschutzgesetzen stärken wir die Klagerechte von Umweltorganisationen, um einen besseren Schutz der Natur durchzusetzen.

3. Wie werden Sie die Erreichung der EU-Schutzgebietsziele (30% bis 2030, davon ein Drittel strikt geschützt) beschleunigen und sicherstellen? Werden Sie auch die marine Raumplanung in der AWZ und im Küstenmeer der Nord- und Ostsee auf Grundlage des Ökosystemansatzes fortschreiben?

Volt setzt sich dafür ein, die Fortschreibung der MRO auf Grundlage des Ökosystemansatz bereit in 2025 durchzuführen, anstatt wie bisher geplant 2026. Die seit 2021 gültige Fassung beachtet ausreichend nicht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und rechtlichen Vorgaben im Bereich Arten- und Klimaschutz (z.B. Ausweitung von Meeresschutzgebieten auf bis zu 10% der Fläche nach EU-Biodiversitätsstrategie). Darüber sollten die MRO-Zeiträume auf 5 Jahre festgelegt werden. Dies ist nötig, damit wirtschaftliche Akteure eine angemessene Planungssicherheit bekommen, vor allem im Bereich Offshore-Windenergie sind solche oder längere Planungszeiträume keine Seltenheit. Damit bei den Verhandlungen zur zukünftigen Fortschreibung der MRO, der Ökosystemansatz tatsächlich verfolgt wird, setzt sich Volt dafür ein, dass Akteure wie der NABU oder der BUND mit Hilfe des BfN mehr Einfluss bekommen. Darüber hinaus wurden parteiintern noch keinen konkreten inhaltlichen Forderungen bezüglich der MRO entworfen.

4. Setzen Sie sich dafür ein, dass sämtliche Fördermittel der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf die einkommenswirksame Honorierung klar definierter Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet und die Budgets der Öko-Regelungen sowie der Agrarumweltmaßnahmen weiter deutlich angehoben werden?

Eines unserer erklärten Ziele ist ein Umbau der Förderstruktur aus der Ersten Säule hin zu einer Gemeinwohlprämie. Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Durch diesen Schritt wollen wir erreichen, dass landwirtschaftliche Betriebe unabhängig der Eigentumsverhältnisse ihrer Flächen von ökologischen Maßnahmen profitieren. Damit kommen wir von einer Flächen- zu einer Leistungsprämie.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu verbessern und den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent anzugehen und finanziell abzusichern?

Durch die Erweiterung des aktiven Tierwohl-Monitorings werden Haltungsstandards gesichert, zudem möchten wir Investitionen zur Verbesserung der Haltungsbedingungen aktiv fördern. Wir unterstützen die Einführung einer klaren Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für alle Produkte tierischen Ursprungs, auch und vor allem auf verarbeiteten Produkten. Dies sichert Tierwohl und Verbraucherschutz bei uns und in allen Regionen, aus denen die Produkte stammen.

6. Werden Sie die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zu einem Kernprojekt der neuen Regierung im Interesse der Ressourcenschonung machen und sich für verbindliche Ressourcenschutz-Ziele einsetzen, um den Verbrauch von Primärrohstoffen deutlich zu senken?

Ja, konsequente Kreislaufwirtschaft schützt Ressourcen, reduziert Abfall und fördert bewussten Konsum. Produkte müssen von Anfang an so gestaltet sein, dass sie langlebig, reparierbar und recycelbar sind. Konkrete Maßnahmen für eine starke und innovative Kreislaufwirtschaft sind im Volt Wahlprogramm detailliert.

7. Die Belastung von Umwelt und Menschen durch die „Ewigkeitschemikalien“ PFAS hat kritische Ausmaße erreicht und nimmt stetig zu. Werden Sie sich für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene einsetzen?

Zum Schutz von Natur und zukünftigen Generationen ist eine Beschränkung von PFAS dringend geboten. [In den vielen Fällen können PFAS bereits heute durch andere, weniger bedenkliche Stoffe ersetzt werden.](#)

7. Der Staat trägt Verantwortung, dass Zivilgesellschaft gestalten und sich entfalten kann. Setzen Sie sich ein für die Vereinfachung des Förderrechts, mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht, die Erhaltung von Verbandsklagerechten sowie erleichterten Zugang zum Freiwilligendienst?

Volt setzt sich für die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen, was auch gemeinnützigen Vereinen zugute kommt, um ihre Arbeit effizienter und unkomplizierter zu gestalten. Wir unterstützen eine Stärkung des Freiwilligendienstes und möchten Kapazitäten ausbauen. Auf europäischer Ebene sollen ebenfalls Möglichkeiten des Freiwilligendienstes durch die Erweiterung des „European Solidarity Corps“ zu einem einzigen freiwilligen EU-Zivil- und Militärdienstprogramm entstehen. Zudem möchten wir klare Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht und befürworten die Erhaltung des Verbandsklagerechts, damit Umwelt- und Sozialverbände ihre Interessen weiterhin wirksam vertreten können. Gleichzeitig fördern wir die Partizipation der Bürger*innen und stärken das gesellschaftliche Engagement in der Zivilgesellschaft.